

verbraucherzentrale

Bundesverband

Marie Wettingfeld, Florian Zerzawy unter Mitarbeit von Vera Mair

Ein verbraucherfreundliches Strommarktdesign

Gutachten des Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft e.V. im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.

31. August 2023



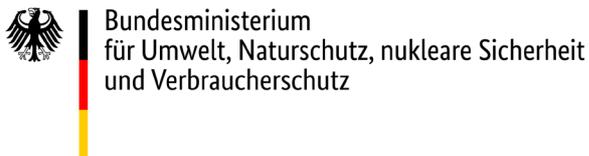
Impressum

Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände – Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.

Team Energie und Bauen
Energie@vzbv.de

Rudi-Dutschke-Straße 17
10969 Berlin

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

INHALT

Das Gutachten diskutiert verschiedene Instrumente der künftigen Finanzierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien aus Sicht der Verbraucher*innen. Kapitel 1 stellt den Hintergrund der Diskussion vor, Kapitel 2 formuliert Anforderungen an ein verbraucherfreundliches Strommarktdesign. Kapitel 3 analysiert die Vorschläge der EU zur Anpassung des Marktdesigns. Kapitel 4 schließt mit Empfehlungen.

ÜBER DAS FÖS

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS) ist ein überparteilicher und unabhängiger politischer Think Tank. Wir setzen uns seit 1994 für eine Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft ein und sind gegenüber Entscheidungsträger*innen und Multiplikator*innen Anstoßgeber wie Konsensstifter. Zu diesem Zweck werden eigene Forschungsvorhaben durchgeführt, konkrete Konzepte entwickelt und durch Konferenzen, Hintergrundgespräche und Beiträge in die Debatte um eine moderne Umweltpolitik eingebracht. Das FÖS setzt sich für eine kontinuierliche ökologische Finanzreform ein, die die ökologische Zukunftsfähigkeit ebenso nachhaltig verbessert wie die Wirtschaftskraft.



BILDNACHWEIS

Foto Titelseite: Pexels.com

ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

Die Diskussion über die Anpassung der Regeln des Strommarktes erhielt im Jahr 2022 eine neue Dynamik. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine gefährdete die Gasversorgung in Deutschland, was zu erheblichen Preisanstiegen beim Gas führte. Da Gas auch zur Stromerzeugung genutzt wird, stiegen die Preise an der Strombörse teilweise stark an. Die extreme Preisvolatilität an der Strombörse führte wiederum zu einem höheren Preisniveau für Verbraucher*innen.

Um die Verbraucher*innen vor abrupten und starken Preisanstiegen zu schützen, hat **die EU verschiedene Änderungen an der Finanzierung** der erneuerbaren Energien vorgeschlagen. Gleichzeitig müssen die zukünftigen Regelungen des Strommarktes ausreichende Anreize schaffen, um die Ausbauziele für erneuerbare Energien (EE) zu erreichen. Eine ausbleibende Dekarbonisierung hätte schwerwiegende Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. Zusätzlich ist es wichtig, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und Flexibilitäten auch für die Verbraucher*innen nutzbar zu machen.

Zu den vorgeschlagenen Änderungen der EU gehören die Stärkung von langfristigen Stromliefervereinbarungen (**Power Purchase Agreements**, PPAs) sowie die Ablösung des derzeitigen Marktprämienmodells durch eine zweiseitig gleitende Marktprämie (**Contract for Difference**, CfD).

Um die erforderlichen Ausbauziele für erneuerbare Energien zu erreichen, ist auf der einen Seite **weiterhin eine staatliche Förderung von EE-Anlagen erforderlich**. Wettbewerb und Preissignale sind wichtig für die wirtschaftliche Effizienz, was im Interesse der Verbraucher*innen liegt, da dadurch die Kosten sinken. Auf der anderen Seite hat die Energiepreiskrise gezeigt, dass der Strommarkt aufgrund seiner Auswirkungen auf die Strompreise von großer Bedeutung für Haushalte und Unternehmen ist. Eine **stärkere Regulierung** kann daher gerechtfertigt sein.

PPAs stellen eine geeignete Ergänzung zur staatlichen Förderung dar, da **sie Preisstabilität begünstigen** und der **Industrie** die Möglichkeit geben, eine **aktive Rolle** beim Zubau erneuerbarer Stromerzeugung einzunehmen. Da bei PPAs keine staatliche Förderung gezahlt wird, entlasten sie auch die Haushaltsverbraucher*innen. Das **Potenzial des PPA-Marktes ist jedoch unklar**. Eine der Begrenzungen bei der Nutzung von PPAs besteht darin, dass langfristige Vereinbarungen die Verschuldung der privaten Vertragspartner erhöhen können und somit zu höheren Finanzierungskosten führen können.

Eine Umstellung von einem einseitig gleitenden Marktprämienmodell, das die Risiken absichert und den Anlagenbetreibern unbegrenzte Gewinne ermöglicht, auf eine **Förderung, bei der auch Gewinne abfließen, kann Verbraucher*innen entlasten**. Eine **systemorientierte Ausgestaltung** des CfD-Förderrahmens ist dabei besonders wichtig. In Zukunft sind mehr Anreize für Anlagenbetreiber und Verbraucher*innen erforderlich, um auf Marktsignale zu reagieren. Eine mögliche Lösung wäre eine marktbasiertere Optimierung im Vergleich zu einem Referenzwert (vgl. Schlecht et al. 2023), sowie die regulatorische Einführung von Systemdienlichkeitsfaktoren bei der Ausschreibung und der Bildung eines EE-Pools (vgl. DIW 2023).

Die Erlöse aus dem CfD-Modell sollten direkt an die Endverbraucher*innen in Relation zu ihrem Stromverbrauch weitergegeben werden und nicht in den Bundeshaushalt fließen, wie es bei der Gewinnabschöpfung der Fall war. Dadurch wird die **preisglättende Wirkung** direkt mit dem Verbrauch verknüpft. Etwaige Kosten der CfD-Förderung sollten ebenfalls nicht aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, sondern über den Strompreis

auf Verbraucher*innen umgelegt werden. Angesichts des prognostizierten zusätzlichen Stromverbrauchs im Rahmen der Dekarbonisierung und der begrenzten Möglichkeiten für den Ausbau erneuerbarer Energien ist eine effiziente Stromnutzung unerlässlich. Der Strompreis erfüllt daher eine wichtige Funktion, indem er die Effizienz der Stromnachfrage fördert. **Privilegien für bestimmte Verbrauchergruppen**, wie stromintensive Industrien, sollten jedoch – falls erforderlich – **über den Haushalt und nicht durch höhere Umlagen** der anderen Verbrauchergruppen finanziert werden. Für vulnerable Haushalte sollte ein Kompensationsmechanismus außerhalb des Strompreises geschaffen werden. Es ist vor allem wichtig, sie bei Maßnahmen zu unterstützen, die zu einer dauerhaften Senkung ihres Stromverbrauchs führen.

Außerdem müssen zukünftig mehr **systemische Flexibilitätspotenziale** genutzt werden. Sowohl die Industrie als auch **Haushaltsverbraucher*innen sollten dazu befähigt werden, ihren Stromverbrauch flexibler zu gestalten**. Zeitvariable Tarife und eine langfristige **Dynamisierung staatlich regulierter Preisbestandteile**, insbesondere der Netzentgelte, sollten angestrebt werden. Eine Voraussetzung dafür, dass Verbraucher*innen von systemorientiertem Verhalten profitieren können, ist der flächendeckende Einbau intelligenter Messsysteme.